

Volks-Zeitung

Zentrumsheutelei.

Die Unterfertigung des Zentrumskandidaten in Düsseldorf ist, wie bekannt, vom Kandidat abgelehnt worden, weil Herr Friedrich, nur dem Namen nach Mitglied des Kandidatens, in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen ein Gegner der Bestrebungen des Kandidatens ist. Natürlich, demnach hat die Zentrumspresse nunmehr, den Kandidat als Helfer der Sozialdemokratie hinstellen. Die Blätter meinen, der Kandidat hätte Herr Dr. Friedrich unter allen Umständen unterstützen müssen, obwohl er, wie vorher nachgewiesen, eine Gewähr für energische Vertretung der Richtlinien des Kandidatens nicht bietet. Programmgemäß aber kann der Kandidat nur Kandidat freundlich Kandidaten unterstützen. Sind solche nicht vorhanden, dann muß er auf die Einwirkung verzichten.

Es ist eine ungeheuerliche Heutelei, wenn gerade die Agrarabteilungen und das Zentrum mit dem Hinweis auf die Sozialdemokratie gehen, denn gerade sie sind die hauptsächlichsten Förderer der Sozialdemokratie. Die Agrarabteilungen im reichstehenden Lager haben sich vorwiegend, Gemäch bei sich zu bleiben, wenn ihnen in der Stichwahl zwischen Liberalen und Sozialdemokraten der Liberalen nicht genügend Gewähr zu bieten scheint, und dem Zentrum ist öffentlich von Bebel nachgewiesen worden, daß es in Bayern mit den Sozialdemokraten ein offizielles Bündnis zur Abänderung des Wahlrechts geschlossen hat, während diese Abänderung an und für sich gegen eins der schlimmsten Verbrechen in den Augen der Agrarabteilungen ist.

Auch sonst ist dem Zentrum und den Konserverativen dieselbe und indirekte Förderung der Sozialdemokratie in zahlreichen Fällen nachgewiesen worden. Es gehört also die eifernde Streifen der Gewerkschaften dazu, um angeht, die vorliegenden Zustände der Kandidatens wird dabei beharren, überall diese Kräfte herbeizuführen, wo er dazu nach seinem Programm berufen ist. Eine ehrliche Politik ist eine Lebensnotwendigkeit für unser Volk. Der Kampf gegen staatsfeindliche Bestrebungen darf nicht als betruglicher Versuch angesehen werden, sondern als ein notwendiges und gerechtes Mittel, um die Demokratie zu verteidigen.

Diese Mängel werden aber nichts nützen, sie werden vielmehr dem deutschen Volk zeigen, daß diejenigen Kreise, die die Verantwortung für die bisherige ungeredete Vertretung der Steuerlasten tragen, nicht gewillt sind, einen Wandel zum Besseren zu vollziehen und das kann nur während werden, und der Kandidat wird dabei beharren, überall diese Kräfte herbeizuführen, wo er dazu nach seinem Programm berufen ist. Eine ehrliche Politik ist eine Lebensnotwendigkeit für unser Volk. Der Kampf gegen staatsfeindliche Bestrebungen darf nicht als betruglicher Versuch angesehen werden, sondern als ein notwendiges und gerechtes Mittel, um die Demokratie zu verteidigen.

Ein drahtlos lenkbares Luftfahrzeug.

Das Fernleitboot des Lehrers Birk, das vor kurzer Zeit auf dem Wasser bei Berlin raumverregende Beweise seiner Unerschütterlichkeit gezeigt hat, hat ein Gegenstück in einem gleichfalls drahtlos lenkbaren Boot auf drahtlosem Wege lenkbaren Luftfahrzeug gefunden.

Das Fahrzeug, eine Erfindung des Ingenieurs Bohle aus Hamburg, hat die Form eines kleinen Parabolluftschiffes, eine Länge von 4 1/2 Metern und einen Durchmesser von 1 1/2 Metern. Es wird von drei Luftschiffen, von denen sich eine an der Spitze und zwei am Ende des Fahrzeuges befinden, in Bewegung gesetzt und gehalten. Der Motor, der die Schrauben in Tätigkeit bringt, steht mit einem Nahrungsmittelapparat für die elektrischen Zellen in Verbindung, die Steuerung des Luftbootes erfolgt auf drahtlosem Wege durch besondere Vorrichtungen. Das Luftfahrzeug soll seine ersten Probeflüge nächst ausgeführt haben. Es hat sich angeblich gezeigt, daß es nach allen Seiten hin mit großer Beweglichkeit lenkbar ist und den Einwirkungen der elektrischen Zellen ohne Schwierigkeiten folgt. Der Erfinder will mit seinem Fernleitboot vornehmlich eine Waffe zur Verteidigung der Luftschiffe geschaffen haben. Das Luftboot soll zur Bekämpfung der Luftschiffe verwendet werden, indem mit Hilfe dieses drahtlos gesteuerten Fernbootes Geschosse oder Sprengstoffe auf die feindlichen Luftschiffe geschossen werden, und das Boot selbst ohne Sprengmittel zum Luftboot gleichfalls durch drahtlose Telegrafie erfolgt.

Wenn auch jetzt die von Erfinder angestrebte technische Exaktheit noch nicht vorhanden sein sollte, so ist doch anzunehmen, daß mit der Zeit die gewünschte Vollkommenheit erreicht wird.

Unterstaatssekretär Dr. Böhmert.

Gente morgen ist hier der Unterstaatssekretär des Reichsfinanzamts Dr. Paul Böhmert nach längerer Krankheit im Alter von 47 Jahren gestorben. Dr. Böhmert, dessen Berufung ins Reichsamt von Ministerpräsidenten im September 1910 allgemein bewundert wurde, hat sich nicht lange seiner glänzenden Karriere erlassen können. Denn der neue Unterstaatssekretär mit dem Gedenkbuch hatte eingetandenermaßen bei seiner Ernennung nicht mehr Kenntnis von politischen Dingen als jeder Bauer, der sich in seinen Nachbarländern mit Politik beschäftigt, und seine Stellung anmerken ließ. Dr. Böhmert war Verwaltungsdirektor, erst bei der Regierung von Graf Schenkendorf, dann wurde er 1905 Bürgermeister von Wetzlar. In dieser Stellung lernte der Kaiser ihn kennen und verlegte, als der Vorden des Unterstaatssekretärs im Reichsfinanzamt frei wurde, zur größten Überraschung der politischen Welt Böhmerts Berufung auf diesen Posten. Noch während der Verhandlungen über die Unterstaatssekretärstelle hatte er sich in sein neues Amt einzuarbeiten, erkrankte er schwer; er mußte einen längeren Urlaub nehmen, von dem er nicht mehr in sein Amt zurückkehren sollte. Dr. Böhmert, der 1864 in Gommersheim in Baden geboren

Kurze Chronik.

- * Morgen findet wieder eine Zusammenkunft zwischen den Herren Cambon und v. Riederlen-Waechter statt. Von französischer Seite wird die Einigung zwischen Paris und Kiew als Bedingung für die Rückkehr der russischen Truppen in Betracht gezogen.
- * Der Unterstaatssekretär des Reichsfinanzamts Dr. Böhmert ist heute früh gestorben.
- * Der Norddeutsche Lloyd hat beschlossen, vier Doppelschraubenschiffe zu bauen, und Frachtdampfer für den Ostindienverkehr zu kaufen.
- * In Amerika sind zwei Flieger tödlich verunglückt.
- * Kaiser im Zug des Blattes.

wurde, war vermählt mit der Tochter des früheren Inhabers der Zirkonitgesellschaft, Generalmajor Ruffel.

Das Todesurteil gegen Bagrow.

Der Attentäter Bagrow ist, wie wir bereits in der heutigen Ausgabe gemeldet haben, gestern vom Kriegsgericht in Kiew zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Heber die kriegsgerichtliche Behandlung meldet ein Petersburger Telegramm:

Petersburg, 23. September.

Wie aus Kiew gemeldet wird, wohnten der kriegsgerichtlichen Verhandlung gegen Bagrow der Justizminister, der Befehlshaber des Russen Militärbezirks und der Gouverneur von Kiew bei. Bagrow hatte auf einen Verteidiger verzichtet. Da er keine Schuld zugab, wurde von den Gerichten sechs Jüden nach der Polizeihaft Kurlabto verurteilt. Bagrow, der seine Mitwisser nicht verriet, erzählte eingehend, wie er die Geheimpolitik erteilte, und gestand ein, das Verbrechen im Auftrag der Partei begangen zu haben, die ihn des Doppelspiels verdächtigt und seine Rehabilitierung durch Ausübung des Ansehens gefordert habe. Abgesandte aus Paris hätten ihn den Auftrag der Partei überbracht. Politischer Kurlabto antwortete auf die Frage, warum er die in Bagrows Wohnung befindlichen Revolutionäre, deren Anwesenheit Bagrow selbst ihm gemeldet habe, nicht verhaftete, damit hätte er Bagrow verraten. Er sagte weiter aus, Bagrow habe mit Wissen des Ministerpräsidenten Zutritt zum Theater gehabt.

Die Verhandlung wurde unter vollstem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Es handelt sich also höchstwahrscheinlich bei dem angeführten Geständnis Bagrows, daß er die Tat im Auftrag der revolutionären Partei verübt habe, um eine Erfindung der russischen Polizei, die in derartigen Ausflüchten Meisterin ist.

Die Befreiung Stolpins in Kiew.

(Telegraphische Berichte.)

Kiew, 23. September.

Gestern wurde hier die Befreiung des Ministerpräsidenten Stolpin beigesetzt. Aus Anlaß der Trauerfeier hatten die Konstablergebäude halbseitig besetzt. Eine große Menschenmenge füllte den Platz vor der Hofkirche, in der die Leiche Stolpins aufgebahrt lag. Beamte des Ministeriums des Innern mit dem Unterstaatssekretär an der Spitze hatten die ganze Nacht die Trauerwache gehalten. Es erschienen Vertretungen der öffentlichen Meinung, mehrere Minister, Abgeordnete der monarchischen Gesellschaften. Den Trauergottesdienst hielt der Metropolit Iliaon ab. Nach dem Gottesdienst wurden drei Anreden gehalten. Gegen 2 Uhr nachmittags wurde der Sarg von Großwürdenträgern zu dem Grab getragen. Als der Sarg in die Gruft gelegt wurde, wurden drei Gewehrsalven abgegeben. Das Denkmal Stolpins wird folgende Worte tragen, die der Verstorbene in der Duma gesprochen hat: „Ich brauche große Umwälzungen, um zu brauchen ein großes Russland.“

Die politische Polizei in Kiew.

Petersburg, 23. September.

Aus Anlaß der angeführten Untersuchung der Tätigkeit der politischen Polizei in Kiew erklärt die offizielle „Rossija“:

„Es gibt Wunden, die ein energisches Kur fordern; wenn die Wunden durch den Senator heilbar sind, dann eine solche Heilung zu bewirken, kann die Gesellschaft verlangen, daß die Regierung ohne Schwanken mit härtester Energie diese schwere Frage erhellend behandeln wird.“

„Kowojew“ erklärt, der Gehilfe des Ministers des Innern Kurlow habe Stolpin allgemein geteilt, nicht ins Theater zu gehen, worauf Stolpin erwidert habe, daß wäre ein Zeichen von geringem Mut.

Die Wille Stolpins hat eine einmalige Unterführung von hunderttausend Rubeln erhalten.

Kohowjew wird Ministerpräsident.

London, 23. September.

Der Korrespondent der „Times“ erklärt aus Petersburg, daß der Finanzminister Kowojew zum Ministerpräsidenten ernannt worden ist. Der Posten des Ministers des Innern erhält der General Gombatt.

Die Entschädigungsansprüche aus dem Russen Reichsbesitz. Der Justizminister bewilligt dem in Reichsbesitz

Prosa Schöder ungeschuldig verurteilten ehemaligen Zeitungsvorleger Meyer 7000 Mark und dem Bergmann Bedemann 4000 Mark als Entschädigung. Soweit der Meyer Schadenersatz für die seit 1909 eingetragene Gewerkschaftsangelegenheit verlangt wird, bleibt die Entscheidung vorbehalten, die darüber geltend gemachten Mahnanträge wurden als unzulässig abgewiesen.

Vor der Einigung.

Der Pariser „Matin“ veröffentlicht eine offenbar von der französischen Regierung inspirierte Note, die eine baldige Einigung in den deutsch-französischen Maroffverhandlungen in Aussicht stellt. Ein Pariser Telegramm meldet uns:

Paris, 23. September.

Der „Matin“ schreibt: Der Kabinettsekretär, der dem Vorkauf der Cambon die gestern vom französischen Ministerialrat erzielte Antwort auf die neuen deutschen Vorschläge überbringt, ist heute Abend nach Berlin ab. Die Antwort wird sehr wenig von den Vorschlägen ab. Cambon wird morgen mit Herrn v. Riederlen-Waechter eine Zusammenkunft haben. Wenn nicht sofort im Laufe der Unterredung völlige Übereinstimmung erzielt werden sollte, so wird eine solche doch zwifflöslich bald nachher erzielt werden. Hinsichtlich Maroffos darf also eine Einmütigkeit als sehr nahe bevorstehend betrachtet werden. Erfundigungen, die wir in Paris und Berlin eingezogen haben, gestatten uns zu versichern, daß auch in der Kompensationsfrage bald Übereinstimmung herrschen wird.

Die Zustimmung der Mächte zum Marokkoabkommen.

(Telegraphische Berichte.)

Frankfurt a. M., 23. September.

Da das deutsch-französische Marokkoabkommen eine Verlängerung der Agicierasache und der älteren Beträge herbeiführen werde, so unterliege es seinem Zweifel, so wird der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt, daß die Zustimmung der an der Agicierasache beteiligten Mächte zu dem Abkommen herbeigeführt werden mußte. Erfolgreich wurde das deutsch-französische Abkommen über die Herbeiführung der Zustimmung der übrigen Mächte erhalten.

Befreiung von Tetuan durch die Spanier.

Paris, 23. September.

Die „Agence Havas“ meldet aus Tetuan von gestern: Die Verantw., bereitet der Militärregierungs von Genoa, General Ulla, die Befreiung Tetuan von Truppen mit befreundeten Marokkanern werden morgen aus Tetuan in Genoa erwartet. Unter den Eingeborenen geht das Gerücht, eine spanische Expedition könne sich dem Tetuan am 1. Oktober absetzen werden, wenn der Befehlshaber Tetuan mit 170 Mann gefangen und fünfzehn in Gefangenschaft geraten. Die Rifanten, die achtzig Marokkaner getötet, haben hundert Mann verloren.

Madrid, 23. September.

Die feindliche Partei hat während der ganzen Nacht von 20. zum 21. September die vorgeschobene Stellung der Spanier an der Spitze der Retirade beunruhigt. Unter dem Schutz des hervergehenden Nebels legte der Feind über den Fluß und eroberte einen wichtigen Kampfplatz. Die Spanier den Feind, der zahlreiche Tote und Verwundete zurückließ. Die Verluste der Spanier betragen: 8 Soldaten, unter ihnen zwei Einheimische, tot, ein Major, 9 andere Offiziere und 38 Soldaten, unter ihnen 8 Eingeborene, verwundet.

Der Eisenbahnerstreik in Irland.

(Telegraphische Berichte.)

Dublin, 23. September.

Die irischen Eisenbahngesellschaften, mit Ausnahme der Great-Southern, haben erklärt, daß der Betrieb auf ihren Linien trotz der Protestation des Auslands in gewohnter Weise aufrecht erhalten wird. Die Leiter des Auslands erklären dagegen überzuleist, daß die Eisenbahner in höchst bester Stellung der Arbeit entsprechen. Der Präsident der Great-Southernbahn sprach die Ansicht aus, daß er den Betrieb gänzlich werde einstellen müssen, wenn er nicht genügenden Schutz erhalte. Der Geschäftsrat der Ausländer gab bekannt, daß er bereit sei, sich zum Arbitrageamt zu begeben.

Der Reichsverband deutscher Gastwirte zur Reichstagswahl. Der schwarze Wurf hat nun auch den Reichsverband deutscher Gastwirte, dessen Mitglieder sich bisher Holz, seine Majestät alleruntertänigste Opposition nannten, vollständig aufgegeben. Der Vorstand des Reichsverbandes hat in seiner letzten Sitzung zur kommenden Reichstagswahl Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt:

„Stets der dem Reichsverbande deutscher Gastwirte angehörenden Gastwirtsvereine wird kein Reichstagskandidat unterstützt, der für die Reichsinanzreform seinerzeit gestimmt hat. Dagegen soll jeder Kandidat die Stimme erhalten, die ihm durch die irischen Parteien ergeht, sobald er das Versprechen abgibt, daß er für die Interessen des Gastwirtsstandes einzutreten und seine Bekämpfung zu tun fernhalten will.“

Um diese Beschlußfassung weitgehend bekannt zu machen, soll den Verbandsvorstand ein Flugblatt übermittelt und zur Beachtung empfohlen werden.

Ausnahmsweise gegen die sozialdemokratischen Jugendorganisationen. Die und ein Parteizentralorgan aus Berlin

